

Gewalt gegen indigene Menschenrechtsverteidiger nimmt weltweit zu - Landrechtskonflikte verschärfen sich



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
Internet: www.gfbv.de
E-Mail: info@gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Yvonne Bangert, Ulrich Delius

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Lewis Rangno

Titelfoto: Fibonacci Blue via Flickr CC BY 2.0

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im
August 2018**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1. Einführung | 4 |
| 2. Guatemala: Welle der Gewalt - Morde aufklären und indigene Bauernführer schützen!..... | 6 |
| 3. Kolumbien: Kein Frieden für die indigenen Völker | 7 |
| 4. Paraguay: Tödliche Gefahren für indigene Völker..... | 10 |
| 5. Burma: Umweltaktivist ermordet..... | 12 |
| 6. Philippinen: Umweltschützer von allen Seiten bedrängt..... | 14 |
| 7. Russland: Geheimdienst macht Menschenrechtlerin mundtot..... | 15 |

1. Einführung

Indigene Menschenrechtsverteidiger werden weltweit immer häufiger bedroht und Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Besonders in Süd- und Mittelamerika sowie in Asien stehen sie massiv unter Druck. Sie werden sowohl von staatlicher Seite, insbesondere der regulären Armee, als auch von nichtstaatlichen Akteuren (Milizen, Goldsucher, Öl-, Erdgas- und Bergbau-Unternehmen, Drogen-, Holz-Mafia) bedrängt. Besonders schlimm ist ihre Lage in Brasilien, den Philippinen, Kolumbien, Guatemala, Paraguay und Russland. Doch auch in Burma, Indien, Mexiko, Honduras und der Demokratischen Republik Kongo gibt es immer wieder Übergriffe auf indigene Menschenrechtler.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) fordert weltweit einen besseren Schutz der indigenen Menschenrechtler. Die Unterzeichnung eines rechtlich bindenden Abkommens zur Sicherung von Umwelt- und Landrechten durch 24 Staaten in Südamerika – unter ihnen Guatemala, Kolumbien und Paraguay - und der Karibik im März 2018 war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. In dem Vertrag verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten, Angriffe und Morde an Umweltaktivisten zu untersuchen und die Verantwortlichen für die Gewalt zur Rechenschaft zu ziehen. Mit dem neuen Vertragswerk wird die wichtige Arbeit von Umweltaktivisten in diesen Ländern besser gesichert. Doch mehr Anstrengungen sind erforderlich, damit diese neuen Bestimmungen in Konflikten konkret auch angewandt werden und nicht nur abstrakter Gesetzestext bleiben. Auch müssen entsprechende vertragliche Regelungen auf anderen Kontinenten erreicht werden, um den Schutz von indigenen Aktivisten weltweit zu verbessern.

Viele dieser Aktivistinnen und Aktivisten setzen sich für Landrechte, Umweltschutz, bäuerliche Gemeinschaften, die Bewahrung ihrer traditionellen Kultur und Religion ein oder engagieren sich gegen Großprojekte, die die Existenz ihrer ethnischen Gemeinschaften gefährden. Ihr Engagement für die Anerkennung ihrer traditionellen Rechte ist eng verknüpft mit dem Kampf ums Überleben der weltweit rund 6.000 indigenen Gemeinschaften mit ihren mehr 450 Millionen Angehörigen. Denn trotz der grundsätzlichen Anerkennung grundlegender traditioneller Rechte indigener Völker durch die internationale Staatengemeinschaft tun sich viele Regierungen in ihrer alltäglichen Politik schwer, diese Rechte bei der Planung von Mega-Projekten oder in ihrer Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik angemessen zu berücksichtigen.

Landrechtsaktivisten brauchen Schutz und dürfen nicht mehr wie „Freiwild“ behandelt werden. Denn sie treten für den Schutz ihrer Gemeinschaften ein, die sonst hilflos der Gewalt krimineller Banden, Milizen oder korrupter Soldaten ausgesetzt sind.

Die GfbV weist in diesem Memorandum auf die schwierige Lage indigener Menschenrechtsverteidiger in **Guatemala**, Kolumbien, Paraguay, Philippinen, Burma und Russland hin. So wurden im Jahr 2017 in Guatemala 496 indigene Repräsentanten und Bauernführer ermordet. Dort nährt sogar der Staatspräsident den Boden für die Gewalt, in dem er die Kriminalisierung indigener Menschenrechtsorganisationen fordert.

Nicht viel besser ist die Lage in **Kolumbien**, wo es trotz eines Friedensvertrages nach 50 Jahren Bürgerkrieg noch keinen Frieden für indigene Gemeinschaften gibt. Milizen nutzten das Machtvakuum nach der Ratifizierung des Friedensabkommens im November 2016, um traditionelles Land indigener Völker unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch Großgrundbesitzer mobilisieren, um Angehörige indigener Völker von ihrem Land zu vertreiben.

In **Paraguay** sind indigene Menschenrechtsaktivisten vor allem im Grenzgebiet zu Brasilien in Gefahr, wo Drogen – und Holzmafia indigene Territorien missbrauchen, um ihre illegalen Geschäfte voranzutreiben. Auch im Grenzgebiet zwischen **Brasilien** und **Peru** schüren solche Aktivitäten Gewalt und Menschenrechtsverletzungen.

In **Burma** und den **Philippinen** geraten indigene Menschenrechtler oft zwischen die Fronten der Konfliktparteien im Bürgerkrieg. Meist werden sie dann Opfer der Gewalt regulärer Soldaten, die indigene Menschenrechtler pauschal als vermeintliche Unterstützer bewaffneter Rebellen diffamieren und verfolgen.

In der **Russischen Föderation** müssen indigene Menschenrechtlerinnen um ihr Leben fürchten, weil sie von staatlichen Stellen gezielt kriminalisiert werden, um sie mundtot zu machen oder ins Exil zu treiben. Vor allem in den rohstoffreichen Regionen Sibiriens werden Menschenrechte indigener Völker systematisch ignoriert oder missachtet.

Diese Beispiele stehen exemplarisch für die Bedrohung indigener Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler weltweit. Denn auch in Brasilien, Mexiko, Nicaragua, Honduras, Indien und dem Kongo steht es sehr schlecht um ihren Schutz. Dringend muss eine internationale **Konvention zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern** entwickelt werden, die die **spezifische Bedrohung indigener Menschenrechtsaktivisten** besonders berücksichtigt. Denn

da sie Minderheiten angehören und in oft sehr abgelegenen Regionen ihre Heimat haben, sind indigene Menschenrechtler oft besonders massivem Druck oder Verfolgung ausgesetzt.

2. Guatemala: Welle der Gewalt - Morde aufklären und indigene Bauernführer schützen!

Eine Welle der Gewalt überrollt indigene Menschenrechtsverteidiger in Guatemala. Allein zwischen Anfang Mai und Ende Juli 2018 wurden mindestens sieben indigene Umweltaktivisten kaltblütig ermordet, die meisten von ihnen Angehörige der Organisation „Komitee für bäuerliche Entwicklung“ (CODECA). Gesicherte Zahlen sind nicht bekannt. Der bislang letzte dokumentierte Fall: Am 28. Juli 2018 starb die Ixil-Maya Juana Raymundo, eine 25 Jahre alte Krankenschwester, aktives Mitglied der CODECA und Koordinatorin der Organisation für das Gebiet Nebaj. Sie war auch Mitglied der Bewegung für die Befreiung der Völker, die eine politische Partei aufbauen will. Juana Raymundo kehrte von ihrer Schicht im Krankenhaus, die sie am Morgen des 28. Juli angetreten hatte, nicht nach Hause zurück. Ihre Leiche wies Folterspuren auf. Die CODECA hat in 2018 bereits sechs Tote zu beklagen.

2017 gab es insgesamt sogar 496 Bluttaten. Fast alle Opfer waren Indigene, die sich für das Recht ihrer Gemeinschaften auf ihr Land und gegen Diskriminierung eingesetzt hatten. Großgrundbesitzer oder Unternehmen, die ihre Landflächen noch vergrößern oder viel Geld mit Wasserkraftprojekten, Bergbau oder Ölpalmpflanzungen verdienen wollen, lassen Gegner ihrer egoistischen Pläne oft skrupellos von angeheuerten Mörderbanden aus dem Weg räumen.

Die meisten Opfer waren in der CODECA oder im „Komitee für das bäuerliche Altiplano“ (CCDA) organisiert. Sie hatten nur mitgeholfen, Proteste gegen Landraub zu organisieren, oder mit darüber diskutiert, wie Landkonflikte gelöst werden könnten. Ihr Engagement war friedlich. Doch sie mussten es mit ihrem Leben bezahlen: Sie wurden hinterrücks erschossen oder überfallen und mit Macheten niedergemetzelt. Die Polizei hatte sie nicht geschützt, obwohl einige von ihnen angezeigt hatten, dass sie bedroht wurden. Die Täter bleiben in aller Regel straflos. Dabei hat der UN-Hochkommissar für Menschenrechte die Verfolgung der Mörder gefordert. Die UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker Victoria Tauli-Corpuz, die im Mai 2018 eine Mission in Guatemala durchführte, klagte die Kriminalisierung indigener Aktivisten an, deren einziges Verbrechen es sei, gegen die

Verletzung ihrer Landrechte zu Gunsten von Wasserkraftprojekten oder die Ausweitung der Ölpalmpflanzungen zu protestieren.

Die Gegner der bäuerlichen Gemeinschaften scheinen übermächtig. Selbst Präsident Jimmy Morales verfolgt eigene Interessen und agitiert öffentlich gegen die indigenen Menschenrechtsverteidiger. Während einer Rede am 2. Mai 2018 forderte er sogar strafrechtliche Untersuchungen gegen die CODECA. Schon im August 2017 hatte er den Chef der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) der UN, Iván Velásquez, zur unerwünschten Person erklärt und des Landes verwiesen. Die CICIG sollte durch Aufarbeitung der Verbrechen während der Diktatur 1960 bis 1996 zum Frieden im Land beitragen. Etwa sechs Millionen Guatemalteken sind Indigene. Sie wurden 1982/83 Opfer eines Völkermords. Diktator Rios Montt starb, ohne dass seine Verbrechen gesühnt wurden.

„Während der Mord an unseren Freunden uns jeden Tag entsetzlich schmerzt, wird er uns doch nicht einschüchtern. Wir werden nur noch härter und in noch größerer Einigkeit darum kämpfen, unsere Ziele und die unserer ermordeten Verteidiger und Freunde zu erreichen.“

Erklärung der guatemaltekischen Bauernorganisation CODECA

3. Kolumbien: Kein Frieden für die indigenen Völker

Auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrags von 2016 zwischen der Regierung und der FARC-Guerilla geht das Morden in Kolumbien weiter. Opfer sind vor allem die Angehörigen indigener Völker. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird mit rund 1,5 Millionen Menschen auf 3,4 Prozent geschätzt. Higinio Obispo, Präsident des Nationalen Dachverbandes der Indigenen Völker Kolumbiens ONIC, beklagte in einer Stellungnahme während des United Nations High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) im Juli 2018 in New York die systematische, unausgesetzte Verletzung indigener Rechte in Kolumbien. Die Indigenen hätten große Hoffnungen mit dem Friedensvertrag verbunden, der einen 50 Jahre währenden Bürgerkrieg beenden sollte. Stattdessen nähme die Zahl der gegen sie gerichteten Angriffe und Mordtaten von Tag zu Tag zu. Nach Angaben der Juristenkommission Kolumbiens werden diese Verbrechen von bewaffneten Dissidenten der Guerilla, der Paramilitärs und des Militärs begangen. Sie bleiben zu 90 Prozent ungesühnt.-Immer noch, so Higinio Obispo, würden wie in Kriegszeiten indigene Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von legalen und illegalen bewaffneten Gruppen rekrutiert und die Regierung würde die indigene

Bewegung kriminalisieren, um ihren Protest zu ersticken. Gefordert sei daher, wirksame Maßnahmen für den Schutz indigener Völker vor Menschenrechtsverletzungen in Kraft zu setzen, der Gewaltwelle gegen indigene Völker im Land die nötige Beachtung zu schenken, die Straflosigkeit für Verbrechen gegen indigene Völker in Kolumbien zu beenden und die ungerechtfertigte Kriminalisierung indigener Anführer zu stoppen.

Die Gewalt richtet sich vor allem gegen Minderheitenangehörige, die sich als Verteidiger von Land- und Menschenrechten sowie als Umweltaktivisten exponieren. Die nach wie vor aktive ELN und neu entstandene bewaffnete Gruppen nutzen das Machtvakuum, das durch den Friedensvertrag zwischen Regierung und FARC entstanden ist. Im westlichen Chocó beispielsweise versuchen sie, die Kontrolle über ein Gebiet zurückzugewinnen, das von sechs indigenen und zwölf afrokolumbianischen Gemeinschaften bewohnt wird. Auftraggeber sind allem Anschein nach Viehzüchter und Besitzer von Ölpalm- und Bananenplantagen. Die Region ist bereits durch kommerzielle Holzwirtschaft und Bergbau schwer getroffen. Einem Mitarbeiter der Kommission für Frieden und Gerechtigkeit in Kolumbien CIPJ zufolge schicken die Grundbesitzer zunächst stellvertretend Kolonisten in die Region. Das Land ist Kollektivbesitz der indigenen Gemeinschaften. Die Kolonisten beginnen, Ländereien zu bewirtschaften und verschieben so die Grenze des landwirtschaftlich genutzten Landes weiter in das noch nicht erschlossene Gebiet des abgelegenen Regenwaldes im Grenzbereich zwischen Kolumbien und Panama. Dabei wird das wertvolle Holz herausgeholt. Ist die Region erst einmal erschlossen, können Großprojekte nachrücken.

Eine umfassende Faktensammlung legte die Heinrich-Böll-Stiftung Anfang Juli 2018 vor. Sie bestätigt eine deutliche Verschlechterung der Menschenrechtssituation in den Monaten Mai bis Juli 2018. Ihren Recherchen zufolge wurden im ersten Halbjahr 2018 bis zum 5. Juli 123 soziale Führer und Menschenrechtsverteidiger ermordet. 22 von ihnen waren Indigene, acht waren Afrokolumbianer. Etwa ein Viertel der Opfer gehörte demnach ethnischen Minderheiten an. Minutiös gliedert die Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung die einzelnen Fälle tabellarisch auf. Da ist zum Beispiel der 15-jährige Awá-Indigene Juan Gabriel Pascal Taicus aus dem indigenen Gebiet der Awá Tronquera Pulgande Palicito, der am 17. März 2018 in Barbacoa umgebracht wurde, oder Luis Fernando Hernández Hernández, Angehöriger im Gemeinderat der Senú von Santa Rosita in der Gemeinde Caucasia, der am selben Tag in Caucasia sterben musste. Der Afrokolumbianer Obdulio Angulo Zamora gehörte dem Gemeinderat von Rio Naya und einem impulsgebenden Komitee der Bewegung Marcha

Patriotica an, als er am 17. April 2018 verschleppt wurde; am 3. Juni wurde bekannt, dass er in Buenaventura, Valle de Cauca, ermordet worden war. Lius Erardo Fernández Velasco, wurde am 28. Juni 2018 in Caloto, Cauca, getötet. Er war in dem Gebiet als Sozialarbeiter sehr geschätzt, hatte unter anderem in seinem Bezirk eine Jugendorganisation gegründet und mehrere Jahre lang geleitet und war zum Zeitpunkt seiner Ermordung Kapitän der Fußballmannschaft seiner Gemeinde. In allen diesen Fällen sind die Täter nicht bekannt.

Insgesamt waren mehr als 80 Prozent der Opfer Angehörige von Bauernorganisationen oder ethnischen Minderheiten; mehr als zehn Prozent der Zwischenfälle standen im Zusammenhang mit Kokapflanzungen. Allein in der kurzen Zeitspanne zwischen den Wahlen vom 17. Juni 2018, die der konservative Politiker Iván Duque für sich entscheiden konnte, und dem Erscheinen des Berichts wurden 22 Menschen getötet. Die Böll-Stiftung dokumentiert ferner insgesamt 273 Morde zwischen Januar 2016 und Juli 2018. Fast 15 Prozent der 2018 Ermordeten waren Frauen. Brennpunkte der Gewalt waren auch im ersten Halbjahr 2018 die Regionen Cauca (19 Morde), Antiochia (18 Morde), Norte de Santander (11 Morde), Valle del Cauca (11 Morde, Córdoba (9 Morde) und Nariño (8 Morde).

Organisationen, die in den Friedensprozess involviert sind oder die wie die ONIC die Rechte der Indigenen verteidigen, sind besonders betroffen. Sie fordern die Umsetzung des Friedensabkommens in ihren Gebieten, wo es bislang an Unterstützung der Gemeinschaften mangelt, die ihr Land wieder in Besitz nehmen und gegen Ölpalmlantagen, Bergbauprojekte oder auch die Drogenmafia verteidigen wollen. Sie wollen regionale Pakte der Gewaltlosigkeit und wehren sich gegen die Stigmatisierung der regionalen Friedensräte und der Mechanismen der Mitbestimmung.

Kolumbien hat sich im Friedensabkommen verpflichtet, paramilitärische Gruppen zu bekämpfen, die schon vor der FARC aktiv waren, zum Teil bereits seit den 1950er Jahren. Diese Gruppen schlossen sich 1997 zu den Vereinten Selbstverteidigungseinheiten Kolumbiens AUC zusammen. Sie begehen massive Menschenrechtsverletzungen und sind im Drogenhandel aktiv. Der damalige Präsident Alvaro Uribe hatte die AUC zwischen 2003 und 2006 aufgelöst, aber an ihre Stelle rückte eine Vielzahl paramilitärischer Gruppen, die von dutzenden ehemaligen Befehlshabern der AUC neu gegründet wurden. Der Friedensvertrag der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos mit der FARC hat die Verbrechen der AUC nicht beendet. Auch im Cauca-Tal füllen heute andere paramilitärische Einheiten und Drogen-Gangs

das Vakuum, das die FARC hinterlassen hat. Nach Angaben der NGO Global Witness wurden dort im vergangenen Jahr 37 Aktivisten ermordet. 2018 setzt sich diese Entwicklung mit 28 Toten bis zum 7. Juli fort. Der Nasa-Älteste Hermes Pilicue führt die wachsende Gewalt darauf zurück, dass der Friedensvertrag den Druck auf das Land, aus dem die FARC sich zurückgezogen hat, erhöht hat. Dabei garantiert Artikel 1 des Vertrages eine Agrarreform, in deren Verlauf auch alles durch den Konflikt enteignete Land zurückgegeben werden soll. Darauf will die 2.000 Mann starke Guarda Indígena nicht warten, die von 20 indigenen Gemeinschaften des Cauca-Tales gebildet wird. Sie hat bereits mehrere Minen in ihrem Gebiet geschlossen.

Das wahre Ausmaß der Gewalt ist schwer zu erfassen, denn die Zahlen der Verbrechen und der zeitliche Bezugsrahmen schwanken je nach Quelle. Dem Nachrichtenmagazin Amerika 21 zufolge haben paramilitärische Gruppen und Auftragsmörder nach Angaben der Ombudsstelle (Defensoría del Pueblo) zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 30. Juni 2018 mehr als 300 Aktivisten ermordet, allein seit Beginn des Jahres 2018 soll es mehr als 100 Opfer gegeben haben. Eine der Konsequenzen: Kolumbien ist laut UNHCR mit 7,7 Millionen Betroffenen das Land mit den weltweit meisten internen Flüchtlingen. Regierung und Staat stünden daher in der Pflicht, in diesen Gebieten Institutionen aufzubauen und die staatliche Kontrolle zu gewährleisten. Auch müssten den Menschen in den entlegenen Regionen wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven geboten werden.

4. Paraguay: Tödliche Gefahren für indigene Völker

Landkonflikte sind die Hauptursache für Gewalt gegen indigene Gemeinschaften in Paraguay. Der Non-Profit-Organisation zur Recherche, Analyse und Untersuchung des organisierten Verbrechens in Lateinamerika Insight Crime zufolge ist das Grenzland zwischen Brasilien und Paraguay eines der am stärksten mit Gewalt und einer extrem hohen Mordrate belasteten Gebiete Lateinamerikas. Paraguay ist führend in der Marihuana-Produktion in Südamerika; etwa 15 Prozent der weltweiten Produktion dieses Rauschmittels, das aus der Cannabis-Pflanze hergestellt wird, kommen von dort. Im Schutz des Regenwalds breiten sich brasilianische Kartelle aus. Die beiden größten, First Capital Command PCC und Red Command, kämpfen derzeit um die Vorherrschaft, jeweils unterstützt durch paraguayische Clane, die von korrupten Politikern, Richtern und Polizeikräften protegiert werden. Nach Schätzungen der Drogenbekämpfungsbehörde Paraguays SENAD erwirtschaftet der

Schmuggel mit Kokain jedes Jahr 800 Millionen US- \$, der Export von Cannabis mehr als 700 Millionen US- \$. Diese Situation bringt für die ansässigen Farmer, viele von ihnen Angehörige indigener Gruppen, große Probleme. Denn ihnen werden zunehmend Schwierigkeiten gemacht, wenn sie Maniok, Mais oder Sesam anbauen. Inzwischen pflanzen vielen von ihnen Cannabis für die Marihuana-Produktion an. Wer sich gegen den großflächigen Anbau von Cannabis durch die Kartelle und den damit einhergehenden Verlust an Wald wehrt, wird bedroht. Journalisten, die über diese Machenschaften berichten, riskieren ihr Leben.

Grundsätzlich haben indigene Gemeinschaften in Paraguay große Probleme, ihre Landrechte nachzuweisen. Oft besitzen sie keine Dokumente. Gebiete, auf die sie Anspruch erheben, überlappen sich mit denen, die anderen Interessengruppen für sich beanspruchen. Wenn ein Landtitel ungeklärt ist, kann es passieren, dass die indigenen Bewohner eines Territoriums gewaltsam vertrieben und wegen unrechtmäßigem Betreten angeklagt werden, noch bevor die Landrechtsfrage geklärt wurde. Verteidiger indigener Interessen werden systematisch kriminalisiert, wie Amnesty International in einer aktuellen Studie nachweist. Nationale und internationale Behörden und Unternehmen finanzieren Schmutzkampagnen gegen Menschenrechtsverteidiger. Die Regierung nutzt repressive Methoden, um sie zum Schweigen zu bringen. Sie werden öffentlich diskreditiert und so zum Feindbild für die Öffentlichkeit gemacht. Der stellvertretende Ombudsmann von Paraguay behauptete zum Beispiel öffentlich, dass Indianer Faulenzer, Alkoholiker, Drogensüchtige und Diebe seien; Menschenrechtsverteidiger würden sich für Kriminelle einsetzen, und sie täten dies, weil sie in die Medien kommen und Geld verdienen wollen.

Gesetze werden dazu benutzt, indigene Gemeinschaften gewaltsam zu vertreiben. Das Büro des Generalstaatsanwalts, das Innenministerium und die nationale Polizei nutzen eine gemeinsame Vereinbarung, um indigene Gemeinschaften aus ihren Territorien zu vertreiben. Es muss nicht sichergestellt sein, dass sie einen gleichwertigen neuen Wohnraum bekommen, dass ihr Recht auf Konsultation beachtet wird und dass sie einen ausreichenden Zeitrahmen gesetzt bekommen, um sich auf die Aussiedlung vorzubereiten. Menschenrechtsverteidiger werden Rechtsverfahren ausgesetzt, die jeglicher Grundlage entbehren. Das Rechtssystem wird missbraucht, um Zeit, Finanzen und Energie der Menschenrechtsverteidiger zu binden und von ihren eigentlichen Anliegen abzuziehen.

Verfolgung und Kriminalisierung treffen in Paraguay besonders häufig die indigenen Gemeinschaften. Sie leiden unter alltäglicher Ausgrenzung, unter Armut, Ungleichbehandlung und systematischer Diskriminierung. Die Sonderberichterstatterin für indigene Völker Victoria Tauli-Corpuz äußerte sich besorgt über die wiederholten Berichte darüber, dass Siedler, Campesinos (nicht-indigene Landarbeiter) und Holzunternehmen indigenes Land besetzen und für Soja-Anpflanzungen und für extensive Viehzucht nutzen. Diese Situation führte bereits mehrfach zu Konflikten. Amnesty International berichtet zudem über betrügerische Verfahren bei der Eintragung von Landtiteln, die zu Zwangsvertreibungen und dem Missbrauch des Strafrechts gegen Menschenrechtsverteidiger geführt hätten.

Die Avá-Guaraní gehören zu den Opfern dieses Systems aus Gewalt und Korruption. In den 1970er Jahren wurden mindestens 36 ihrer Gemeinschaften durch den Bau des Itaipú-Staudamms aus ihrem angestammten Land im Grenzgebiet zwischen Paraguay und Brasilien vertrieben. Die Gemeinschaft Tekoha Sauce der Avá-Guaraní hat nun Anspruch erhoben auf einen Teil ihres angestammten Landes, der nicht vom Stausee überflutet wurde. Sie sehen sich mehreren Rechtsverfahren im Rahmen eines Streites mit German Hutz, einem lokalen Geschäftsmann, um den Besitz an diesem Land ausgesetzt. In den Jahren ihrer Abwesenheit wurde ihr Land vom indigenen Volk der Gemeinschaft Arroyo Guazu genutzt. Nach der Rückkehr der Gemeinschaft Tekoha Sauce werden deren Führungspersonlichkeiten jetzt im Rahmen des Streits um die Landnutzung außerdem wegen unrechtmäßigem Betreten des von ihnen beanspruchten Landes angeklagt. Die Indigenen-Behörde INDI und die Abteilung zu indigenen Rechten im Büro der Staatsanwaltschaft räumen ein, dass diese Angelegenheit nicht strafrechtlich zu lösen ist. Da es sich um ein indigenes Anspruchsverfahren bezogen auf ein angestammtes indigenes Territorium handelt, sei es eine Angelegenheit des Zivilrechts. Dennoch wird das Strafverfahren fortgesetzt.

5. Burma: Umweltaktivist ermordet

Seit Jahrzehnten kämpfen ethnische Minderheiten und indigene Völker in den Nationalitätenregionen des Vielvölkerstaates Burma für mehr Autonomie und Selbstbestimmung. Offiziell herrscht jetzt dort Waffenstillstand und zumeist schweigen die Waffen momentan auch. Denn die einflussreiche Staatsrätin und Außenministerin Aung San Suu Kyi hat den Frieden in den Nationalitätengebieten zu einem ihrer bedeutendsten politischen Ziele erklärt.

Der begeisterte Naturschützer und Landrechtsaktivist O Moo vom indigenen Volk der Karen hat den Waffenstillstand jedoch nicht überlebt. Der 42 Jahre alte Vater von sieben Kindern wurde am 5. April 2018 erschossen, als er mit seinem Moped in sein Dorf Ler Mu Plaw im Karen-Staat fuhr. Ihm wurde zum Verhängnis, dass er sich bereit erklärt hatte, einen führenden Offizier der bewaffneten Bewegung Karen National Defence Organisation (KNDO) auf dem Rücksitz seines Mopeds mitzunehmen. Reguläre Soldaten der burmesischen Armee hielten beide für Saboteure und eröffneten das Feuer auf die Mopedfahrer.¹ Der Beifahrer konnte noch abspringen und sich im letzten Moment retten, doch O Moo starb durch den Kugelhagel der Soldaten.

Als Dorfbewohner dem Schwerverletzten zu Hilfe kommen wollten, wurden sie weggejagt. Seinen Leichnam transportierten sie ab, nur das blutüberströmte Moped blieb zurück. Vergeblich forderten seine Familienangehörigen die Herausgabe seiner Leiche. Sie befürchteten, dass O Moo im Sterben noch gefoltert worden sein könnte. Auch Monate nach seinem Tod war die Armee nicht dazu bereit, die Leiche für die Bestattung durch seine Familie freizugeben.²

Der Umweltschützer war sehr angesehen unter den Karen. Jahrelang hatte er sich für die Einrichtung eines Nationalparks entlang des Salween-Flusses eingesetzt. Auch am Salween werden zahlreiche Staudämme errichtet. Ihr Bau wird von Karen massiv kritisiert. Sie befürchten schwerwiegende ökologische Folgen und ein Fischsterben. O Moo kannte sich gut in der Region aus, in der er viele lokale Umweltprojekte oder humanitäre Initiativen unterstützte. Nur wenige Stunden vor seinem Tod hatte er in einem Dorf noch Hilfsgüter an vertriebene Karen verteilt.³

In Burma unterscheiden Soldaten oft nicht zwischen bewaffneten Kämpfern und Zivilisten. Übergriffe auf die Zivilbevölkerung gehören zum Alltag der Karen und anderer indigener Völker. Zivilisten werden von Soldaten oft fälschlich beschuldigt, bewaffnete Rebellen zu unterstützen. Oft werden sie auch als Vergeltung für Angriffe bewaffneter Nationalitätengruppen vertrieben, gefoltert oder getötet. Vergeblich forderten Karen bislang

¹ Jonathan Watts, "[Indigenous environmental campaigner killed by Myanmar government](#)", The Guardian Online, 13.04.2018.

² Karen Human Rights Group (KHRG), "[A Karen Community Leader, Saw O Moo, Was Murdered by Tatmadaw forces in Hpapun District, April 2018](#)", 15.06.2018.

³ The Observatory for the Protection of Human Rights Defenders, "[Myanmar: Killing of Mr. O Moo](#)", International Federation for Human Rights, 17.4.2018

eine Aufarbeitung dieser Verbrechen der Armee und eine Bestrafung der Verantwortlichen. Auch im Falle der Ermordung von O Moo gab es für die Karen noch keine Gerechtigkeit. Das Militär erklärt stur, der Umweltschützer sei ein bewaffneter Rebell gewesen, von dem ernste Gefahr ausgegangen sei.⁴ Für Seine Karen-Freunde ist dies unverständlich. Sie kennen O Moo nur als friedliebenden Umweltschützer, der sich für vom Aussterben bedrohte Tiere und für Landrechte seines indigenen Volkes einsetzt. Die Karen stellen rund sieben Prozent der 54 Millionen Einwohner Burmas und sind die drittgrößte ethnische Gruppe.

6. Philippinen: Umweltschützer von allen Seiten bedrängt

In kaum einer anderen Region der Welt sterben so viele indigene Umweltschützer wie auf den Philippinen. Besonders schlimm ist die Lage auf der im Süden des Landes gelegenen Insel Mindanao. Dort kämpfen seit Jahrzehnten muslimische Rebellen für mehr Selbstbestimmung in dem katholisch geprägten Land. Die Lumad, wie sich die 18 indigenen Völker der Insel selbst bezeichnen, geraten immer wieder zwischen die Fronten der Kämpfenden und leider unter der Militarisierung ihrer Insel. Den Soldaten werfen Lumad vor, nicht nur die bewaffneten Rebellen zu bekämpfen, sondern auch die Interessen von Investoren aus dem In- und Ausland zu vertreten, die ihr Land haben wollen. Mindanao ist reich an Bodenschätzen und wird auch intensiv landwirtschaftlich genutzt.

Es gibt keinen Tag, an dem nicht Übergriffe auf Lumad registriert werden. So wurde in den vergangenen zwei Jahren jeden Tag mindestens eine indigene Schule angegriffen oder für militärische Zwecke missbraucht. Als Staatspräsident Rodrigo Duterte im Jahr 2017 drohte, Lumad-Schulen zu bombardieren, um die Rebellen zu vernichten, hat der Druck auf die indigene Bevölkerung nochmals zugenommen. So dringen Soldaten in Schulen ein, benutzen sie als Kommandostelle oder bedrohen Schülerinnen und Schüler. Verschleppte werden dort gefoltert oder Lehrerinnen und Lehrer massiv eingeschüchtert und bedroht. Seit dem Machtantritt Dutertes wurden 532 Übergriffe auf Schulen registriert, 106 indigene Schulen wurden geschlossen.⁵

Doch nicht nur in den Schulen spüren die Lumad den wachsenden Einfluss des Militärs in ihrer Heimat. Es kommt auch oft zu Überfällen auf Dörfer oder indigene Repräsentanten. So wurden

⁴ Nyein Nyein, [“Tatmadaw Kills Indigenous Karen Community Leader, Local Groups Say”](#), Irrawaddy News, 11.04.2018.

⁵ Frinston Lim, [„ML brings soldiers to 'lumad' villages”](#), Philippine Daily Inquirer, 23.07.2018.

am 3. Dezember 2017 neun Lumad von bislang unbekanntem Bewaffneten in Sitio Datal Bonlangon im Bezirk South Cotabato getötet. Die Lumad werfen der Armee vor, ein Massaker verübt zu haben. Die Streitkräfte behaupten hingegen, die Lumad seien bei Kämpfen zwischen Soldaten und bewaffneten Rebellen zu Tode gekommen. Getötet wurde dabei auch der Datu Victor Danyan, der der für indigene Landrechte kämpfenden Organisation TAMASCO vorstand. Mit ihm starben auch zwei seiner Söhne und sein Schwiegersohn. Gerichtsmediziner fanden mehr als 300 leere Patronenhülsen aus Armeebeständen, konnten aber keine Beweise für die Darstellung der Armee finden.⁶ Doch die Lumad wollen sich damit nicht abgeben, sondern fordern mit öffentlichen Protesten Gerechtigkeit. Inzwischen haben sie auch die Menschenrechtskommission der Philippinen eingeschaltet, um den Tathergang zu untersuchen.⁷

Wer sich für die Rechte der Lumad einsetzt, muss mit vielen Anfeindungen durch die Behörden rechnen. So ließ Duterte die aus seinem Land stammende UN-Sonderberichterstatterin zu indigenen Völkern Victoria Tauli-Corpuz zur unerwünschten Person erklären, nachdem sie Menschenrechtsverletzungen an Lumad kritisiert hatte. Auch die australische Ordensschwester Patricia Fox muss nach 27 Jahren nun das Land verlassen, weil sie sich engagiert für Menschenrechte der indigenen Völker Mindanaos eingesetzt hat.⁸

7. Russland: Geheimdienst macht Menschenrechtlerin mundtot

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat ein Strafverfahren gegen eine indigene Menschenrechtsverteidigerin vom Volk der Chakassen aus dem Süden Sibiriens einleiten lassen. Die Chakassen stellen nur mehr rund zwölf Prozent der 530.000 Bewohner der Republik Chakassien. Die 30-jährige Lydia Bainova aus der Stadt Abakan setzt sich seit Jahren für die Erhaltung der Kultur der Chakassen ein. So engagiert sie sich, die traditionelle Sprache, Kultur und Bräuche ihres Volkes bekannter zu machen. Auch wirkte sie an der Organisation eines Ethno-Musik-Festivals mit.

Für den FSB ist dies schon zu viel des Engagements für indigene Rechte. Seit Juli 2018 lässt er Polizei und Strafermittler gegen sie vorgehen. Ihr wird vorgeworfen, zum Hass gegen andere

⁶ MindaNews, „[Forensics expert, kin of 8 Lumads killed in South Cot refute military's 'encounter' claim](#)“, 13.01.2018.

⁷ MindaNews, „[CHR-12 starts probe on 'encounter' that killed 9 Lumads in South Cotabato](#)“, 14.03.2018.

⁸ Evelyn Macairan, „[Sister Patricia Fox to be deported](#)“, The Philippine Star, 20.07.2018.

ethnische Gruppen aufgerufen zu haben. Gegen die Mutter einer jungen Tochter wird Strafantrag wegen „Extremismus“ gestellt.⁹ Laut Artikel 280 des Russischen Strafgesetzbuches drohen ihr bis zu fünf Jahre Gefängnis und anschließend ein dreijähriges Berufsverbot. Die Ermittler geben sogar ein Sprachgutachten in Auftrag, um Lydias Äußerungen auf Rassismus hin zu untersuchen. Die Gutachter bestärken die Vorwürfe des FSB. Doch die Menschenrechtlerin bestreitet jede Schuld.

Ihr vermeintliches Verbrechen sind kritische Artikel über Rassismus gegen indigene Chakassen, die sie veröffentlichte. Sie zeigt diesen Rassismus an ganz alltäglichen Ereignissen und Verhaltensweisen auf. So berichtet sie voller Erschütterung und Betroffenheit, wie ihrer Tochter der Zugang zu einem Kinderspielzimmer mit der Begründung verweigert wurde, in diesem Zimmer sei nur Platz für ethnische Russen. Vergeblich hoffte die Mutter, dass die Kinder von ihren Eltern zurechtgewiesen würden. Stattdessen ermutigten die Eltern sie noch zu weiterer Diskriminierung der Indigenen und griffen Lydia unmittelbar an.

Diskriminierende Bemerkungen über angebliche Bevorzugungen bei der Zuteilung von Wohnungen oder über die Kleidung von Chakassen machen in den Augen der indigenen Menschenrechtsverteidigerin deutlich, wie groß der Rassismus gegen die Chakassen ist. So wirft sie vielen Russen Nationalismus vor, der sich schon seit Jahrzehnten gegen die Chakassen entlade.

Wer Menschenrechte für indigene Völker in Russland einfordert, lebt gefährlich. Erst vor wenigen Monaten musste die Menschenrechtlerin Yana Tannagasheva vom Volk der Schoren Russland mit ihrer Familie verlassen und im Ausland Schutz suchen, weil es für sie in ihrer Heimat zu gefährlich geworden ist. Als deutliche Kritikerin des Kohleabbaus, der heilige Stätten der indigenen Schoren und ihre Lebensgrundlage zerstört, wurde sie immer öfter bedroht und ausgegrenzt. Russlands staatliche Energie- und Rohstoff-Unternehmen befürchten, die Kritik der indigenen Menschenrechtsaktivistinnen könnte ihre Möglichkeiten des Abbaus von Rohstoffen beeinträchtigen. So werden willkürlich Ermittlungen und Gerichtsverfahren gegen indigene Menschenrechtsverteidiger eingeleitet, um die unbequemen Kritiker mundtot zu machen. Nur internationaler Druck kann ihnen helfen, sich erfolgreich gegen diese Politik der Einschüchterung zu wehren.

⁹ Tayga.info, „[Khakassia Woman was accused of extremism for Social Media Post Defending the Republic's Indigenous Population](#)“, 24.7.2018.